

## „Kommunale Heime werden an Bedeutung gewinnen“

Alexander Schraml ist Geschäftsführer der Senioreneinrichtungen des Landkreises Würzburg und seit Herbst 2020 Vorsitzender des BKSb. Eines wird klar: Schraml hat viel vor.

Interview: Olga Sophie Ennulat

**Würzburg // Herr Schraml, zu Ihrer Wahl zum Vorsitzenden des BKSb möchten wir Sie beglückwünschen. Nun interessieren uns natürlich Ihre Pläne für den Verband. Die kommunalen Einrichtungen führen mit einem Anteil von rund 5 Prozent ja eher ein Nischendasein. Inwiefern wollen Sie das ändern?**

Vielen Dank für Ihre Glückwünsche! Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe. Die kommunalen Pflegeheime werden in den nächsten Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen, davon bin ich überzeugt. Gerade in den letzten Monaten standen die kommunalen Pflegeheime für Versorgungssicherheit, Solidarität und Kooperationsbereitschaft.

Wir bauen derzeit in den Bundesländern kommunale Organisationen auf, die eng mit dem BKSb kooperieren. Vorbild hierfür ist der nordrhein-westfälische VKSB, die Keimzelle des BKSb. Seit diesem Jahr gibt es eine enge Kooperation mit der kommunalen Altenhilfe Bayern, einer eingetragenen Genossenschaft. Das gleiche ist 2021 mit dem VKSB Sachsen geplant. Der Mitgliederzuwachs des Jahres 2020 wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen.

**Kürzlich hat das Verwaltungsgericht Aachen entschieden, dass die verbindliche kommunale Bedarfsplanung im Bereich stationärer oder teilstationärer Pflegeeinrichtungen verfassungsgemäß ist. Wie beurteilen Sie diese Entscheidung – könnte diese nicht doch zu Wettbewerbsverzerrung zuungunsten nicht-kommunaler Träger führen?**

Eine verbindliche Bedarfsplanung erachte ich weder für notwendig noch für sinnvoll. Das mag bei Kliniken angesichts eines hohen technischen Investitionsaufwands vertret-

bar sein. Pflegeeinrichtungen sollten jedoch durch Qualität überzeugen, wir brauchen keine hoheitliche Regulierung. Wettbewerb kommt der Qualität und damit den Pflegebedürftigen zugute. Da muss uns kommunalen Trägern nicht bange werden. Wir haben einen attraktiven Tarifvertrag für unsere Beschäftigten und müssen keine Gewinne ausschütten. Aufgrund unserer Gemeinnützigkeit kommt jeder Euro den von uns versorgten und betreuten Menschen zugute. Die Rückmeldung der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen geben uns da recht.

Zu begrüßen wäre eine verbindliche Bedarfsplanung allenfalls dann, wenn damit eine staatliche und kommunale Finanzierungszusage für Neubau und Sanierung einherginge. Die aktuell immens steigenden Baukosten können oftmals nicht auf die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen umgelegt werden, ohne dass das Heimentgelt ins Unermessliche ansteigt. Viele Pflegeheimträger scheuen daher Investition und Instandhaltung, was angesichts der demografischen Entwicklung äußerst bedenklich ist. Förderprogramme gibt es zwar vereinzelt, deren Volumen deckt jedoch häufig nicht den tatsächlichen Bedarf.

**Im Hinblick auf die Altenpflege ist politisch gerade viel in Bewegung. Wie bewerten Sie die Bestrebungen, einen Tarifvertrag in der Altenpflege für allgemeinverbindlich erklären zu lassen?**

Die Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrages würde die leidige und berechtigte Debatte um Lohndumping beenden. Insofern muss man dafür sein, auch wenn damit ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil für kommunale Träger auf dem Arbeitsmarkt verloren geht. Niedrige Gehäl-



Foto: Steel Photography

**// Wir stehen zur Vielfalt der Trägerschaft. Aber es darf nicht sein, dass Gewinnorientierung als Handlungsmaxime salonfähig wird bzw. bleibt. Und dementsprechend ist es wichtig, dass der BKSb in der Bundespolitik präsent bleibt und noch präsenter wird. //**

Alexander Schraml

ter und Löhne bei privaten Trägern führen aber zu niedrigen Heimentgelten. Nicht wenige Angehörige – so die bittere Erfahrung aus der Pra-

xis – legen mehr Wert auf den Preis als auf die Qualität. Dieser Missachtung der Pflegebedürftigen könnte mit einem Branchentarif ein Riegel vorgeschoben werden.

**Ab Januar 2021 sollen 20 000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in stationären Einrichtungen refinanziert werden. Wie bewerten Sie diesen Schritt – geht er weit genug oder muss noch nachgebessert werden?** Das Vorhaben ist natürlich grundsätzlich zu begrüßen. Wir brauchen mehr Pflege- und Betreuungskräfte in unseren Pflegeheimen. Den Bedarf an Pflegehilfskräften zeigt ja besonders gut das Rothgang-Gutachten auf. Leider ist auch diese Gesetzesreform wieder unsystematisch und Stückwerk. Es werden erneut – wie bei den Betreuungskräften und dem Pflegepersonalstärkungsgesetz – Sonderwege der Finanzierung geschaffen. Das entlastet zwar den Pflegebedürftigen, da die Finanzierung außerhalb des Heimentgelts erfolgt. Es schafft aber zusätzliche Bürokratie mit aufwendigen Antragsverfahren.

Was die Altenpflege dringend braucht, ist eine transparente, alle Bereiche umfassende Personalbedarfsbemessung und eine darauf basierende einheitliche Finanzierung. Und dann muss sich der Gesetzgeber endlich davon verabschieden, dass das Risiko steigender Kosten und damit steigender Heimentgelte der Pfl-

gebedürftige zu tragen hat. Der Eigenanteil der Pflegebedürftigen ist zu fixieren, nicht die betragsmäßige Höhe der Pflegekassenleistung. Also: Zusätzliche Pflegehilfskräfte gut, eine grundlegende Finanzierungsreform besser und unumgänglich!

**Was wollen Sie darüber hinaus für die kommunalen Altenpflegeeinrichtungen erreichen?**

Wir wollen kommunale Pflegeeinrichtungen durch Vernetzung und Kooperation stärken, damit sie weiterhin kommunal bleiben. Außerdem sehen wir es als unsere Aufgabe an, dass weitere Pflegeeinrichtungen in kommunaler Hand geschaffen werden bzw. notleidende nichtkommunale Einrichtungen in eine kommunale Trägerschaft überführt werden. Wir stehen zur Vielfalt der Trägerschaft. Aber es darf nicht sein, dass Gewinnorientierung als Handlungsmaxime salonfähig wird bzw. bleibt. Und dementsprechend ist es wichtig, dass der BKSb in der Bundespolitik präsent bleibt und noch präsenter wird.

Das Know-how und der hohe ethische Maßstab unserer Mitglieder müssen Einfluss auf die Rechtssetzung in Berlin haben. Nur so kann unsere Gesellschaft die große Herausforderung der nächsten Jahrzehnte menschenwürdig meistern. Und darum lohnt es sich, im BKSb aktiv zu sein.